

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

06.09.2022

Inhalt

EWN

1 Wirtschaft in MV von Entlastungspaket „maßlos enttäuscht“ <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 06.09.2022</i>	3
2 Gericht erklärt Urteil zu Kraftwerksschutt <i>Pforzheimer Zeitung, 05.08.2022</i>	4
3 Zwei Atomkraftwerke bleiben bis April 2023 in Bereitschaft <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.09.2022</i>	6
4 „Selbst Japan geht zurück zur Atomenergie“ <i>Handelsblatt, 06.09.2022</i>	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 06.09.2022 | S. 8

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Patrick Leithold

Wirtschaft in MV von Entlastungspaket „maßlos enttäuscht“

Das Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern ist vom dritten Entlastungspaket der Bundesregierung „maßlos enttäuscht“. Die beiden Handwerkskammern des Landes sehen in dem Paket der Bundesregierung keine Unterstützung für die kleinen und mittleren Betriebe. Die Handwerkspräsidenten Axel Hochschild (Ostmecklenburg-Vorpommern) und Uwe Lange (Schwerin) sprachen von akuter Not. „Erste Betriebe stehen bereits mit dem Rücken zur Wand“, betonten sie. Die Gefahr von Firmenpleiten wachse in den nächsten Monaten. Die Wirtschaft in MV fordere deshalb eine Deckelung aller Energiepreise durch die Politik.

Besonders betroffen seien energieintensive Gewerke wie Bäcker, Fleischer, Textilreinigungen bis hin zum Metallhandwerk, hieß es. Aber auch Firmen im ländlichen Raum - in MV seien das 70 Prozent - hätten Pro-

bleme aufgrund der hohen Spritpreise nach dem Auslaufen des Tankrabatts.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Schwerin kritisierte, das Entlastungspaket gehe „mit Wucht“ an der Wirtschaft vorbei. „Offensichtlich verkennt die Bundesregierung die Rolle der Unternehmen“, hieß es. Eine wichtige Forderung der Wirtschaft sei die Deckelung der Energiepreise für 80 Prozent des Verbrauchs.

Auch der Wirtschaftsverband Handwerk MV und der Unternehmerverband Norddeutschland kritisierten die angekündigten Entlastungen als nicht ausreichend für die Wirtschaft. Am Sonntag hatte bereits die Vereinigung der Unternehmensverbände für MV kritisiert, es bleibe unklar, wie gerade energieintensiven kleinen und mittleren Betrieben zu verlässlicher Liquidität verholfen werden könne.

Gericht erklärt Urteil zu Kraftwerksschutt

Enzkreis hat gesiegt: Keine Entsorgung auf Deponie bei Maulbronn.

Noch nicht rechtskräftig: Land und Firmen können Rechtsmittel einlegen.

Enzkreis/Maulbronn/Karlsruhe. Einen Sieg hatte der Enzkreis im Rechtsstreit um Entsorgung von Schutt von Atomkraftwerken auf der Deponie Hamberg bei Maulbronn im April errungen. Wie berichtet, hatte das Verwaltungsgericht Karlsruhe zu seinen Gunsten entschieden. Im Zentrum stand die Streitfrage, ob freigemessene Abfälle – Beton aus dem Rückbau kerntechnischer Anlagen, der keine bedenkliche Strahlung aufweist – in der Enzkreis-Deponie entsorgt werden dürfen. Konkret geht es um Schutt, der beim Abriss der Kernkraftwerke (KKW) in Philippsburg und Eggenstein-Leopoldshafen im Kreis Karlsruhe entsteht. 16 000 Tonnen aus Philippsburg und 38.450 Tonnen aus Leopoldshafen sollten im Lauf der nächsten 25 Jahre im Enzkreis entsorgt werden.

Die neunte Kammer des Verwaltungsgerichts hatte über mehrere Verfahren in diesem Zusammenhang zu entscheiden – alle zugunsten des Enzkreises. Am Donnerstag hat das Gericht die Urteilsbegründung veröffentlicht. Diese ist allen Verfahrensbeteiligten zugestellt worden. Damit läuft die Frist von einem Monat, binnen welcher Berufung zum Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim eingelegt werden kann.

Regierungspräsidium unterliegt

Der Kreis hatte gegen das Land Baden-Württemberg – vertreten durch das Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe – geklagt. Das RP hatte für die Deponie Hamberg eine Ausnahmezulassung zur Entsorgung des KKW-Schutts erteilt – ohne, dass der Enzkreis diese beantragt hatte. Der Kreis als Eigentümer der Deponie, die von der Hamberg Deponie-Gesellschaft (HDG) betrieben wird, wehrte sich. Hintergrund der Auseinandersetzung ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung, die die HDG 2004 mit dem Landkreis Karlsruhe geschlossen hatte, der keine eigene Deponie besitzt. Strittig war, ob der Enzkreis durch den Kooperationsvertrag dazu verpflichtet ist, den KKW-Schutt aus Karlsruhe anzunehmen.

Das Gericht gab dem Kreis Recht: Die Ausnahmezulassung nach der vom RP herangezogenen Rechtsgrundlage könne nicht antragslos und gegen den Willen des Betroffenen – also aufgedrängt – ergehen, heißt es in der Begründung. Die Ausnahmezulassung für eine Zuweisung bestimmter Abfälle an eine konkrete Beseitigungsanlage habe der Gesetzgeber an strengere Anforderungen geknüpft, diese seien umgangen worden.

„Die schriftliche Urteilsbegründung ist Anfang der Woche bei uns eingegangen“, bestätigte Irena Feilhauer, Pressesprecherin des RP, auf Anfrage der PZ. „Wir werden jetzt mit dem Umweltministerium über das weitere Vorgehen beraten. Ob wir in diesem Verfahren weitere rechtliche Maßnahmen einleiten, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.“ Man werde innerhalb der genannten Monatsfrist reagieren.

Klagen abgewiesen

Auch in zwei weiteren Verfahren gab das Gericht dem Kreis recht. Wie berichtet, hatten die für den Rückbau der Anlagen in Philippsburg und Eggenstein-Leopoldshafen zuständigen Unternehmen dagegen geklagt, dass der Enzkreis die Annahme der Abfälle untersagt hatte. Diese Klagen hat die Kammer abgewiesen, da der Enzkreis weder aufgrund gesetzlicher Bestimmung noch aufgrund vertraglicher Verpflichtung zur Annahme der Abfälle verpflichtet sei.

Da die Abfälle im Landkreis Karlsruhe anfallen, sei der Enzkreis nicht von Gesetzes wegen zur Annahme verpflichtet. Auch aus der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Landkreis Karlsruhe folge keine Verpflichtung, da diese auf Abfälle beschränkt sei, die von der Hamberger Deponiezulassung umfasst seien. Auch aus der Ausnahmezulassung des RP folge keine Annahmepflicht, da diese rechtswidrig sei. Ungeachtet dessen könne die Ausnahmezulassung den Vertragsumfang der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nicht ausdehnen.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts habe die EnBW zur Kenntnis genommen, bestätigte Lutz Schildmann von der Konzernpressestelle. Die schriftliche Urteilsbegründung liege der EnBW seit Ende Juli vor und werde derzeit bewertet. „Fakt ist und bleibt, dass die EnBW rechtlich verpflichtet ist, sich mit der betreffenden Abfallkategorie – konventionelle Abfälle mit spezifischer Freigabe – an den zuständigen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu wenden“, so Schild-

mann. Die EnBW geht fest davon aus, dass die für den Standort Philippsburg relevanten Landkreise Karlsruhe und Enz ihrer rechtlichen Verantwortung nachkommen – so wie dies andere Landkreise in Baden-Württemberg bereits tun.“

Am Verfahren beteiligt ist auch die Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe GmbH (KTE): „Die KTE prüft derzeit weitere Schritte und kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage machen.“

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 06.09.2022 | S. 1

 Auflage: 203.914 | Reichweite: 944.262

 Christian Geinitz

Zwei Atomkraftwerke bleiben bis April 2023 in Bereitschaft

Isar II und Neckarwestheim als "Einsatzreserve" / Habeck: Halten am Ausstieg fest

itz. BERLIN. Deutschland kann auch im neuen Jahr eine Zeit lang Elektrizität in Kernkraftwerken erzeugen. Anders als bisher geplant, werden nicht unbedingt alle drei Atomreaktoren zum 31. Dezember abgeschaltet. Zwei sollen über den Jahreswechsel hinaus im Fall von Strommangel ans Netz gehen: Isar II in Bayern und Neckarwestheim in Baden-Württemberg. Der dritte Meiler im niedersächsischen Emsland wird wie vorgesehen zum Jahresende stillgelegt. Das ist das Ergebnis eines "Stresstests" zum Strommarkt, den Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Montagabend in Berlin vorgestellt hat.

Die beiden letzten Kernkraftwerke sollen bis Mitte April 2023 eine, wie Habeck sagte, "AKW-Einsatzreserve" bilden, weil es den Analysen zufolge in der kalten Jahreszeit gerade in Süddeutschland eine angespannte Versorgungs- und Netzsituation geben könnte. Der Minister machte aber deutlich: "Am Atomausstieg, wie er im Atomgesetz geregelt ist, halten wir fest." Denn "regulär" gingen alle drei Anlagen planmäßig vom Netz, es gehe lediglich um eine zeitlich und inhaltlich begrenzte "Absicherung für den Notfall für den Winter 22/23".

Neue Brennelemente würden hingegen, anders als vom Koalitionspartner FDP angeregt, nicht geladen,

sagte Habeck. "Mitte April 2023 ist auch für die Reserve Schluss." Der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Michael Kruse, kritisierte denn auch die Ergebnisse des Stresstests. "Die Annahmen sind zu optimistisch. Sie sind politisch bestimmt und nicht aus der Realität abgeleitet", sagte Kruse. Habeck sagte, die Kernkraft bleibe eine "Hochrisikotechnologie", die radioaktiven Abfälle belasteten viele nachfolgende Generationen. "Eine pauschale Laufzeitverlängerung wäre daher auch im Hinblick auf den Sicherheitszustand der Atomkraftwerke nicht vertretbar." Den Stresstest hatten die Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Amprion, Tennet und Transnetz-BW erstellt, deren Chefs Habeck bei der Vorstellung des Papiers begleiteten. Es resümiert, dass "stundenweise krisenhafte Situationen im Stromnetz im Winter 22/23 zwar sehr unwahrscheinlich sind, aktuell aber nicht vollständig ausgeschlossen werden können". Als Gründe nannte Habeck die allgemein angespannte Situation auf den Energiemärkten seit dem Ukrainekrieg, die ausgefallenen Atomkraftwerke in Frankreich, die Dürre und das Niedrigwasser - welche die Wasserkraft und den Kohletransport einschränkten - sowie den stockenden Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze. Habeck versicherte aber, dass es eine "sehr hohe Versorgungssicherheit" gebe.

Handelsblatt | 06.09.2022 | S. 022

Auflage: 146.362 | Reichweite: 594.716

Jürgen Flauger, Kevin Knitterscheidt

THOMAS SCHULZ

„Selbst Japan geht zurück zur Atomenergie“

In der Diskussion um längere Laufzeiten fordert der Bilfinger-Chef mehr Mut von den Betreibern: Sie sollen erklären, was technisch machbar und rechtlich nötig ist.

Als neuer Vorstandschef des Industriedienstleisters Bilfinger freut sich Thomas Schulz derzeit über wachsende Umsätze. Denn als Dienstleister unter anderem für die Öl- und Gasindustrie profitiert der einst größte Baukonzern der Welt im Moment davon, dass zahlreiche Kunden aus der Branche wegen des Ukraine-Kriegs ihre Kapazitäten ausbauen wollen. Sorge bereitet dem 57-Jährigen allerdings die Energieversorgung der deutschen Wirtschaft, vor allem während der Wintermonate. Dass die Bundesregierung zögert, die Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke angesichts der zu erwartenden Gasknappheit zu verlängern, stößt bei dem Manager auf wenig Verständnis.

Herr Schulz, als Industriedienstleister ist Bilfinger auch am Rückbau von Atomkraftwerken beteiligt. Wie schwierig ist es denn, den Rückbau zu stoppen und die Laufzeiten deutscher AKWs zu verlängern?

Man muss dabei unterscheiden zwischen den Atomkraftwerken, die noch am Netz sind und technisch, auch sicherheitstechnisch, weiterlaufen könnten. Und dann gibt es jene Anlagen, die schon abgeschaltet sind und erst reaktiviert werden müssten. Im ersten Fall, das betrifft drei deutsche AKWs, wäre es relativ einfach, diese noch ein bis zwei Jahre laufen zu lassen. Da geht es im Wesentlichen um eine politische Entscheidung und um die Genehmigungsverfahren, die die Politik zügig vereinfachen könnte. Mit der Verlängerung der Laufzeiten bieten wir – anstatt eigenproduzierte Energie zu verknapfen – wieder mehr Energie an. Und das würde dazu beitragen, die Energiekosten zu senken. Dieser positive Effekt wiederum würde die deutsche Industrie wieder wettbewerbsfähiger machen und private Haushalte entlasten. Und als weiterer Sondereffekt ist davon auszugehen, dass sich die Inflation abschwächen könnte.

Und wie sieht es bei den anderen aus, die schon

abgeschaltet sind?

Das wiederum ist eine technische Frage, die zunächst die Betreiber beantworten müssen. Wir bei Bilfinger sind die Projektfirma, die Kraftwerke im Auftrag von Betreibern entweder zurückbaut oder neue Anlagen einrichtet. Nach unserer Erfahrung müsste bei den Kraftwerken, die längere Zeit vom Netz sind, ein größerer technischer Aufwand betrieben werden, um sie wieder hochzufahren. Zudem sind vielfach die Mitarbeiter nicht mehr vorhanden, um diese Anlagen zu betreuen. Wichtig ist die Frage, ob sich die bestehenden Prüfprotokolle weiterführen lassen. Geht das nicht, ist der Aufwand einer Wiederinbetriebnahme natürlich erheblich. Da gibt es auch einen Kippunkt, an dem es sich nicht mehr lohnt.

Aber nicht nur die Politik sträubt sich, sondern auch die Energieversorger selbst, die einen Weiterbetrieb mehr oder weniger ausgeschlossen haben.

Ich verstehe auch nicht, warum deutsche Kraftwerksbetreiber und die Politik nicht sofort ein Anforderungsprofil ausgearbeitet haben. Da wäre klar definiert, was die Branche konkret braucht, um die bestehenden AKWs ein halbes Jahr oder noch länger laufen zu lassen. Das wird im Ausland immer wieder kritisiert. Dort herrscht der Eindruck: Die Deutschen wollen das einfach nicht.

Wo sehen Sie die Schuld für die Misere?

Bis heute hat die Politik noch keine Entscheidung getroffen, sondern erklärt, dass ein Weiterbetrieb der AKWs nicht machbar sei. Dies trägt zur Verwirrung der Öffentlichkeit bei. Ohne eine klare politische Entscheidung, insbesondere seitens des Bundeskanzlers, kann aber keine belastbare unternehmerische Planung erfolgen. Da habe ich volles Verständnis für die Betreiber, gerade bei einer so komplexen Technologie. Lä-

ge aber jetzt zeitnah eine Entscheidung von Regierung und Bundestag vor, könnten die Betreiber einen Aktionsplan entwickeln, der aufzeigt, unter welchen Kriterien ein Weiterbetrieb möglich ist. Es wäre dann die Aufgabe der Betreiber, hier aufzuklären und klar zu sagen, was unter welchen Bedingungen und Kosten machbar ist. Dann müsste die Regierung Farbe bekennen. Selbst Japan vollzieht den Ausstieg aus dem Ausstieg und geht zurück zur Atomenergie.

Die großen Energieversorger in Deutschland wären an ihrem AKW-Geschäft fast pleitegegangen. Muss der Staat das Risiko also auch noch übernehmen?

Die Politik diskutiert eine Gasumlage in Höhe von bis zu 34 Milliarden Euro. Aus meiner Sicht wäre es nicht gleichermaßen teuer, wenn wir unsere bestehenden Atomkraftwerke weiter laufen lassen würden. Es ist doch den Menschen in unserem Land nicht zu erklären, dass sie sich in den kommenden Monaten als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie auch hausgemachter Fehler in der deutschen Energiepolitik finanziell extrem zurücknehmen und sparen müssen. Ebenso ist nicht zu erklären, wenn aus der Politik Vorschläge kommen, sich anstelle mit der Dusche mit dem Waschlappen zu reinigen – während wir bestehende und sichere Kapazitäten zur Energieerzeugung gleichzeitig und noch dazu in den Wintermonaten stilllegen.

Aber der Atomausstieg wurde seinerzeit doch von der großen Mehrheit der „Leute im Land“ befürwortet.

Gewichtige Teile der Grünen, aber leider auch industrieferne linke Kreise haben in den vergangenen Jahrzehnten eine Atmosphäre erzeugt, in der die Industrie das Nachsehen hat. Und schauen Sie sich einige Beiträge in der TV-Berichterstattung an: Wenn dort über Industrie berichtet wird, sind die Bilder häufig geprägt von viel Staub und Schmutz – und weniger von ökologischer Effizienz. Das prägt die öffentliche Meinung und senkt das gesellschaftliche Verständnis für die wirtschaftliche Bedeutung und die Anliegen der Industrie.

Sehen Sie die Schuld etwa bei den Medien?

Sicherlich hat auch die mediale Berichterstattung zu dieser Stimmung beigetragen. Aber wir in den Unternehmen sollten auch vor unserer eigenen Haustüre kehren: Da hat die Wirtschaft selbst einfach eine Schweigespirale in Gang gesetzt – warum auch immer. Vielleicht liegt es an der Globalisierung, dass viele Unternehmen sich nicht mehr genügend auf ihren Heimatmarkt fokussieren. Das zeigt sich auch beim Fach-

kräftemangel: Früher galt man mit einem Hauptschulabschluss als schlecht vermittelbar, heute werden diese jungen Menschen dringend benötigt. Erfreulicherweise kommt es hier aber zu einem Umdenken, und gerade die Industrie wird zu einem attraktiven Arbeitgeber.

Sie waren in den Jahren vor Ihrem Amt als Bilfinger-Chef nur im Ausland unterwegs. Wie blickt man dort auf Deutschland?

Ich habe das Gefühl, dass wir wieder in eine regulatorische Zeit zurückfallen, in der wir überall kleine Schilder aufhängen, auf denen steht: „Das Betreten der Grünfläche ist verboten – Eltern haften für ihre Kinder.“ Eine solche Mentalität wirkt sich nachteilig auf den Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Viele Unternehmen und auch Führungskräfte aus dem Ausland wollen in einer solchen Kultur nicht leben. Während etwa in den USA viel darüber gesprochen wird, was alles möglich ist, richtet sich der Blick in Deutschland fast ausschließlich auf die Gründe, warum etwas nicht möglich sein soll. Aus Sicht der mir zugänglichen politischen und wirtschaftlichen Kreise in anderen Ländern wird in Deutschland eher eine Bestrafungsanstelle einer Motivationskultur gepflegt.

Wie sieht Ihre Antwort auf die Atomdebatte aus?

Optimal wäre eine Kanzlerentscheidung, die drei bestehenden AKWs zunächst zwei oder drei Jahre weiter laufen zu lassen. Das würde auch guten Willen bei der Bevölkerung erzeugen. Jeder würde sehen: Die Bundesregierung hat sich bei dem Thema gestreckt. Dann bin ich als Bürger auch bereit, mich selbst zu strecken und unbequeme Sparmaßnahmen mitzutragen – nicht weil mir der Staat das vorschreibt, sondern weil wir eine Gemeinschaft sind und ein gemeinsames Ziel haben.

Sie beklagen also auch ein kommunikatives Problem?

Ja, eine bessere Informationspolitik für die Bevölkerung wäre sehr wichtig. Die Politik muss klarmachen, warum es ein vermindertes Gasaufkommen gibt, was man dagegen macht und wofür wir die verbleibenden Mengen einsetzen wollen – und auch, wie die Alternativen aussehen. Darüber sprechen wir in Deutschland immer noch viel zu wenig. Die Investitionen in alternative Energiequellen sind richtig und ein Muss, gleichzeitig sollten konventionelle Energiequellen aber nur in dem Maße heruntergefahren werden, wie neue Energiequellen als stabile und kosteneffiziente Alternativen hochgefahren werden können.

Herr Schulz, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Jürgen Flauger und Kevin Knitterscheidt.

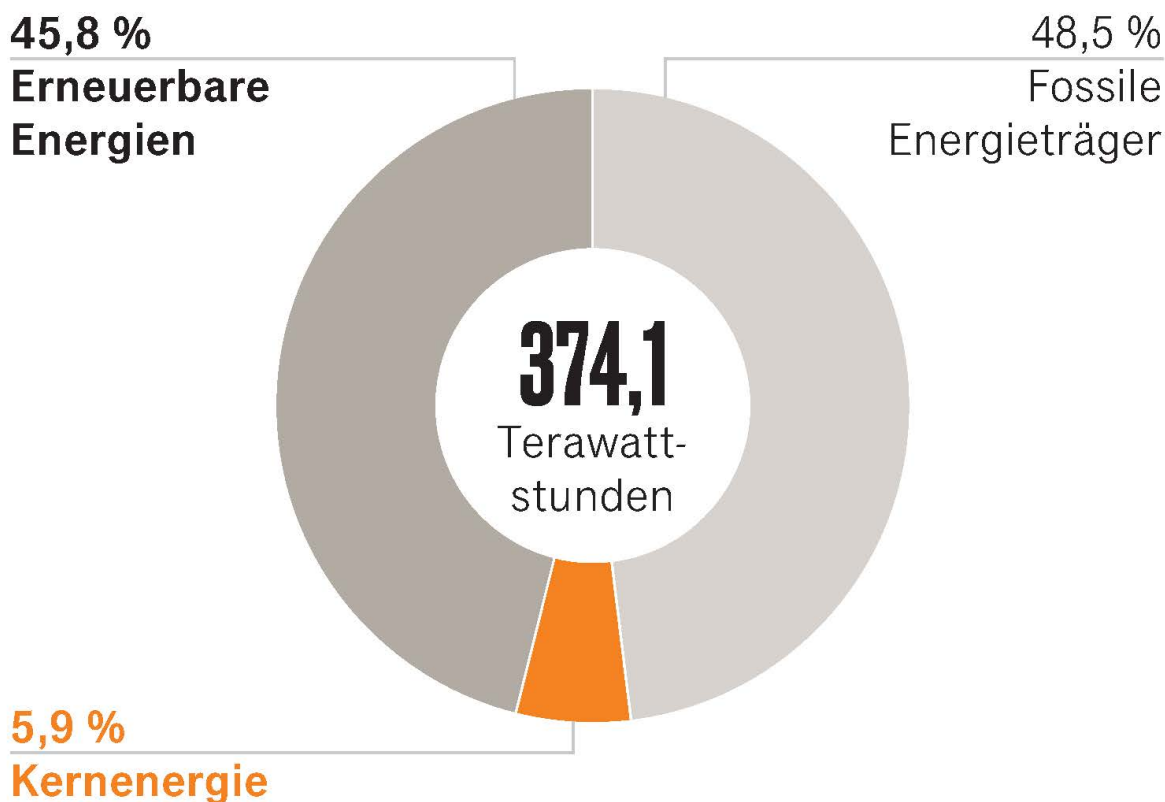
ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Vita - Der Manager: Der studierte Bergbauingenieur startete seine Management-Karriere beim

schwedischen Maschinenbauer Svedala. Beim dänischen Bergbau-Ausrüster FLSmidth fungierte Thomas Schulz neun Jahre lang als CEO, bevor er am 1. März den Chefposten bei Bilfinger übernahm. Der Konzern: Bilfinger war früher weltweit als Bauunternehmen bekannt. Heute bietet der SDax-Konzern Industriedienstleistungen an.

Strommix in Deutschland

Nettostromerzeugung 2022* in Prozent



*Rundungsdifferenzen, letzter verfügbarer Wert

HANDELSBLATT

Quelle: Fraunhofer-Institut

Handelsblatt Nr. 172 vom 06.09.2022
 © Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Energiebranche: Strommix - Anteil der Energieträger an der Nettostromerzeugung in Prozent 2022 (MAR / Grafik)